

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wolken rauschen
 Ur tiefen Sinn:
 Wir werden wandelnd
 Und schwinden hin.

Alles soll kehren
 Zum alten Born —
 Wachsen und fallen
 Muß Korn und Dorn.

Glühe doch, wolken=
 Wandelnder Schein!
 Voll sind die Kelche,
 Ewig der Wein.

Aber auch persönlichstes Erleben, das Kernmotiv der Liedkunst, herzbewegend zu gestalten, glückt dem jungen Poeten. Unvergeßliche Dichtungen, gefüllt mit Empfindung, klingen auf, dann italienische Landschaftsbilder, Kostbarkeiten, die wir künftige Leser selber entdecken lassen wollen. Der umfangreiche, auch bilder- und tönereiche Band, ein Dichterbuch von Rang, wird deren immer mehr bekommen. Und die schweizerische Literaturgeschichte wird dieses auf seinen Platz erheben.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Vergeblich wartete die europäische Öffentlichkeit — soweit sie überhaupt einen englischen Sender abhören darf, und das sind nicht mehr besonders viele — am Sonntag Abend, dem 26. März, auf Churchills Erklärungen zur Atlantikcharta, damit sie wenigstens einige Ordnung in das nachgerade beängstigende Durcheinander und Gewirr im Umkreis jenes Problems bringe, das nicht allein die gequälten Völker, sondern uns alle — und dies aus doch sehr wohl verständlichen Gründen — immer brennender zu interessieren beginnt; aber die Hoffnung war vergebens. Und dabei ist leider der Grund für dieses Versagen nicht einmal fernliegend: tatsächlich weiß man nämlich weder in England noch in den Vereinigten Staaten im Ernst, was man will; dafür weiß man es aber in Moskau umso genauer. Jedenfalls ist es so, daß, je mehr sich der Krieg in jenes Stadium begibt, wo, für die politische Führung wenigstens, durchaus nicht mehr die eigentliche Entscheidung im Vordergrunde steht, sondern vielmehr der Blick immer stärker auf das gerichtet wird, was nach dieser Entscheidung kommen soll, eben alle die schönen Theorien nun irgendwie in das praktische Denken gesetzt werden sollten, und da muß es ja zwangsläufig hapern. Ist nun schon das Durcheinander besorgniserregend, das uns der Schauplatz der Diskussionen um die Organisation Europas nach dem Kriege in England bietet, so erscheint noch grotesker das Bild, das uns aus der Stimmungslage der Vereinigten Staaten herüber geworfen wird; am bedenklichsten aber steht es dann, wenn man sich gar der Beurteilungsunterschiede bewußt wird, die zwischen den U. S. A. einerseits und England andererseits in diesen Fragen bestehen. Weiter weg vom Geschick, sind die U. S. A., wenn man so sagen darf, in Bezug auf die Atlantikcharta irgendwie linientreuer geblieben; man spricht

dort — und nicht nur Willkie — stets gerne von den Rechten der kleinen Nationen, und am 22. März veröffentlichte Staatssekretär Hull seine „Sieben Punkte“, um, wie es in der einleitenden Erklärung hieß, „verwirrenden Kommentaren und falschen Auslegungen in der Öffentlichkeit ein Ende zu setzen“. Da wurde beispielsweise als Postulat aufgestellt:

Ziffer 4:

„für die Entwicklung eines wirklichen internationalen Zusammenwirkens, das die Notwendigkeit von Einflusssphären, einem Gleichgewicht der Kräfte und andern derartigen Methoden zur Wahrung der individuellen Sicherheit ausschließt“....

Kein Zweifel, das ist noch Geist aus der Atlantikcharta — kein Zweifel aber auch, daß es sich hierbei nicht mehr um Dinge handeln kann, die sich, beispielsweise, für den Zusammenprall mit der Wirklichkeit der europäischen Tatsachen eignen, sondern höchstens noch um Reminiszenzen. Jedenfalls wurde dies dem Staatssekretär von britischer Seite aus recht deutlich zur Kenntnis gebracht, und man hat seitdem von diesen sieben Punkten nicht mehr viel gehört.

Viele Leute in England haben diese Einstellung des amerikanischen Staatsmannes im Grunde eben als unreal, fast als weltfremd, wenigstens für europäische Begriffe, abgetan. Wer weiß, vielleicht hängt diese innere Distanzierung von europäischem realpolitischem Rechnen in letzter Linie zusammen mit noch ganz unwägbareren Faktoren psychologischer Natur, die sich aber nach Kriegsende dann plötzlich ihrerseits sehr real auswirken können; so hörten wir erst dieser Tage von einem zuverlässigen Bericht aus den politischen Zentren der U.S.A., wo sehr deutlich von der Wahrscheinlichkeit eines raschen Rückzuges der Amerikaner aus Europa, nach gefallener Entscheidung, die Rede war, sodaß also die Zeitspanne der amerikanischen Besetzung von Süddeutschland, die dieser Tage als Projekt durch die Blätter ging, vielleicht eben so rasch abgeschlossen würde, wie die amerikanische Anwesenheit im Rheinland nach dem letzten Kriegsende, und mit ihr alle die schönen anderen Projekte, die schönen anderen Hoffnungen, die schönen anderen Träume... Jedenfalls tut, wer realpolitisch rechnen will, gut, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß Europa, in seinem Elend, am Ende sich selbst überlassen bleiben könnte...

Inzwischen rückt der Zeiger der Uhr unerbittlich weiter. Das Deutsche Reich rüstet das besetzte oder verbündete Europa — die Begriffe sind nachgerade annähernd identisch! — zum inneren Ring. Es ist Zeit geworden. Kein Wunder, da die Russen am Eintritt der Karpaten stehen. Wie konnte es nur so rasch so weit kommen? Soviele Gerüchte darüber umgehen, so weiß doch niemand nichts rechtes. Die einen reden von einem inneren Zusammenbruch der deutschen Südbarmee. Dem widersprechen doch wohl die, bis heute, gemeldeten geringen Gefangenenzahlen. Andere wieder wissen zu berichten, die strategischen Reserven des Reiches wären im Westen gebunden, Hitler habe seine Ostfrontführer ausdrücklich auf ihre eigenen, ausschließlichen Reserven verwiesen. Oder steckt eine große politische Konzeption dahinter? Tatsache ist jedenfalls, daß es hier und dort am Kräfteausgleich fehlt. Da macht sich nun eben die effektive und potenzielle Überbeanspruchung bemerkbar. So fiel uns am 26. März im „Reich“ des Herrn Dr. Goebbels ein „PK“-Bericht auf, in dem es bei einer Schilderung aus der russischen Nordfront hieß:

„Doch erforderte die militärische Lage des Reiches, daß in dem einen Korpsabschnitt schließlich zwei Divisionen für den Kampf und die Arbeit von ehemals sechs einzustehen hatten. Was da schon gelitten und geleistet wurde, bleibt ewig nur ein verborgenes Heldentum jedes einzelnen, vom General bis zum ärmsten Schützen. In den fast leeren Stellungen wurden die einzelnen Bataillone wöchentlich zweimal hin- und hergeworfen, um die Vorbereitungen für die lange geplanten Abzugsbewegungen durchzuführen . . .“

Diese Umstände vorausgesetzt, wird man es hier und dort nur schwer verstehen, daß, beispielsweise, die deutschen Truppen so lange am Dnjepr festhalten mußten, daß sie sich, und zudem nicht ohne schwere Verluste, so lange in Stellungen zu verbeißen hatten, die dann endlich doch aufgegeben werden mußten. Oder äußerte sich hier so vielleicht dieselbe „sture“ Gesinnung, welche die deutsche Propaganda in den längst vergangenen Tagen des Sommers 1941 einst dem russischen Soldaten zum Vorwurf machte, da er in „sinnlosem Widerstand“ sich in Stellungen, Städten, Stützpunkten eher zusammenschlagen ließ, als daß er wich? Beiläufig ist dieses deutsche Festhalten am Dnjepr neulich in einer Zeitung nicht zu Unrecht am Ende als eine Auswirkung des totalen Krieges gemeldet worden, da die Kriegsführenden ihrerseits „Sklaven der Totalität“ würden. So fräße also, gewissermaßen, die Totalität ihre eigenen Kinder . . .

Den Bedürfnissen des inneren Ringes ist in erster Linie einmal U n g a r n zum Opfer gefallen. Wie sonderbar klingt uns doch schon heute die Meldung aus Budapest vom 9. März, das soeben erschienene Buch des Herrn von Kallay „Auf unserem eigenen Weg“ werde nun in das Deutsche und Französische übersetzt. Nun ist der eigene Weg zur Sackgasse geworden. Freilich wird man sich über diese Entwicklung am Ende nirgends groß wundern, da sich doch Ungarn ausschließlich dank der deutschen Hilfestellung jene weitgehenden territorialen Erwerbungen auf Kosten seiner Nachbarn, zuletzt Serbiens, verschafft hatte, nachdem das unbedeutend oder schwach gewordene Italien bei der Durchsetzung dieser Erwerbungen längst nur eine durchaus sekundäre Rolle gespielt hatte. So konnten denn die Ereignisse des 19. März 1944 nur den Selbstmord des Grafen Teleki vom 3. April 1941 bestätigen. Mit eisernen Klammern zwingt das auf Tod und Leben kämpfende Reich Volk um Volk zum inneren Ring . . .

Diese Entwicklung hat etwas U n e r b i t t l i c h e s — und sie will genau so unerbittlich sein wie der Marsch des Uhrzeigers, der sie ja eigentlich erst erzwingt. Das bekommen auch die Franzosen verstärkt zu spüren. M a r c e l D é a t ist Arbeitsminister geworden, der Mann, der im August 1939 das „Mourir pour Dantzig?“ sprach. Damit hat das Frankreich nach der Prägung von Vichy gewissermaßen seinen eigenen Kreis geschlossen. In Algier aber sammelt sich, immer zielsicherer, der Kreis der Rächer. So ist der Vollzug des Urteils an dem ehemaligen M i n i s t e r P u c h e u wie eine grundsätzliche Proklamation der Unerbittlichkeit des Weges gezeichnet, der bei der endlichen Liquidierung seitens der Leute vom Komitee und von der Widerstandsbewegung beschritten werden soll. Damit wird nun im Mutterlande und in Afrika im Sinne einer gewissen Parallelität hingerichtet; allein wer möchte bestreiten, daß sich bei diesem Verfahren nicht nur schreckliche, sondern g e f ä h r l i c h e P e r s p e k t i v e n eröffnen? In Algier sind vornehmlich die R o m m u n i s t e n die Verfechter der Unerbittlichkeit, die Leute also, in deren Namen offenbar irgend ein Herr B é n a z e t — er will wahrscheinlich einmal berühmt werden — ganz unlängst durch Radio Algier erklärte,

„er könne es nicht erwarten, bis die tapferen Soldaten und Matrosen der Sowjets auf den Champs-Élysées defilierten. Um sie zu bekränzen, werde das Volk von Paris niemals genügend Blumen finden können.“

(Vielleicht stifteten dann die Damen und Herren vom Petitionskomitee oder die Herren von der „Berliner Tagwacht“ auch ein Gebinde.) Angesichts gewisser allzu eindeutiger Strömungen nach dieser Richtung hat sich nun dieser Tage sogar General de Gaulle selbst veranlaßt gesehen, einzuschreiten, und die Konsultative Versammlung von Algier ist ihm, zwar mit kleinem Mehr, aber immerhin, gefolgt. Indessen haben aber auch die Herren vom Staatsdepartement in Washington eingegriffen, indem sie ihre Politik gegenüber Vichy, wie sie bis zum November 1942 geführt wurde, mit kaum zu überbietender Schärfe gegenüber Angriffen aus Algier verteidigten, und zum andern vornehmlich, indem dem General Eisenhower ganz allein die Entscheidung darüber gegeben werden soll, an welche Instanzen des befreiten Frankreich seinerzeit die Gewalt zu übertragen wäre. Dies ist nun zweifellos wieder einmal ein Rückschlag für de Gaulle, in gewissem Sinne aber auch eine kleine Einbuße für die Engländer, die sich der französischen Dissidenz eher wieder zu nähern gedachten — und auch in diesem Punkt erweist sich, beiläufig, die amerikanische und die britische Linienführung eher auseinanderstrebend. Daß die Amerikaner trotz solchen voranzusehenden Eindruckes auf diese Intervention gegen das Regime de Gaulle nicht verzichten wollten, erweist, wie sehr sie durch die Perspektiven betroffen sind, die von der Nichtstätte des ehemaligen Ministers Pucheu bei Algier in die französische Zukunft strahlen . . .

Indessen verfolgt Herr Stalin mit ruhiger Konsequenz seine Bahnen, mit einer Konsequenz, die ebenso „eiskalt“ ist wie es einstmals die seines Antipoden in Berlin gewesen war. Und zweifellos hat die Leitung der russischen Politik dieser Tage, sicher aufgebaut auf den gewaltigen Erfolgen einer meisterhaften militärischen Führung, gar nicht nur etwas Gewalttames, sondern auch etwas durchaus staatsmännisches an sich. War schon die Behandlung der finnischen Probleme — zwangsläufig werden sie in Kürze wiederkommen — durch eine verhältnismäßige Anpassungsfähigkeit gezeichnet, so erwies sich diese doppelt bei dem Vorstoß in das Mittelmeer, auch wenn sich dieser einstweilen auf das Feld der Diplomatie beschränken muß, wofür die vorläufige Vertagung zu sprechen scheint, mit der die sensationelle Frage der Übergabe italienischer Kriegsschiffe an Rußland dem Stadium der Aktualität, wohl auf englische Intervention hin, ebenso schnell wieder entrückt wurde, wie sie in der Erklärung Roosevelts in die Erscheinung getreten war. Dafür war dann die Anerkennung der königlich italienischen Regierung des Marschalls Badoglio ein vollendeter Schachzug auf dem diplomatischen Felde, und damit bestätigte die russische Staatsführung in geradezu plastischer Weise die von ihr, gestützt auf die militärischen Erfolge, beschrittene Linie der Unabhängigkeit — Unabhängigkeit gegenüber den auch hier wieder reichlich verbuchten Alliierten — Unabhängigkeit (zu mindest scheinbare) aber auch gegenüber den doktrinären Dogmatikern des Kommunismus in aller Welt. In ganz derselben Linie bewegte sich übrigens auch die neulich durch Teile der Presse gegangene Meldung, Stalin habe sich im Geheimen längst für die spanische Monarchie entschieden; und dieser Meldung begegnete man gerade kurz nach jener anderen, ebenfalls wenig beachteten, wonach sich General Franco äußerst rühmend über „Marschall“ Tito ausgesprochen habe . . . So wird man denn zweckmäßig auch die nunmehr und in der Zukunft in Europa so sehr

entscheidende Linie der russischen Politik in ihrem Verlauf, so scheint uns, nicht allein mit gesunder skeptischer Zurückhaltung, sondern ebenso mit Unvoreingenommenheit zu beachten haben — auch die jüngste Erklärung Molotows betreffend Rumänien gibt dazu Anlaß —, so wie denn ja überhaupt noch niemand von uns die Entwicklungen kennt oder kennen kann, die den künftigen Weg Europas nach dieser gewaltigen Erschütterung bestimmen werden, deren Zeugen wir sind.

Während das zur Zeit noch völlig ungelöste Schicksal Finnlands wohl allen kleinen Ländern Europas, soweit sie sich ihrer Selbständigkeit noch erfreuen, in dem Sinne zur eindeutigen und dauernden Warnung dienen mag, daß sie sich nie an den Wagen einer Großmacht miteinspannen lassen sollen, wer es auch sei, so haben die Interventionen um Irland anderseits wieder vollendet deutlich gemacht, wie heikel die Lage der Neutralen als solche mit der Steigerung des materiellen und psychologischen Einsatzes der Kriegführenden nachgerade geworden ist. Daran werden die paar noch verbliebenen Neutralen sich, je mehr die Spannung dieses Krieges wächst, zweckmäßig täglich eindringlicher erinnern, und unter ihnen vor allem jene, die in dem Bereiche heimisch sind, der nun, im ganzen gesehen, als die innere Linie der Festung Europa in die Erscheinung treten will. Und wie sie so ihrer Lage, im Kulminationspunkt des Krieges, gedenken, werden sie sich mehr denn je zu der Überzeugung bekennen, daß sie zu ihrer Erhaltung etwas ganz anderes werden einsetzen müssen als die „seit tänzerischen Fähigkeiten“, die der ehemalige Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Sumner Welles, so freundlich war, ihnen zuzubilligen.

Zürich, den 3. April 1944.

Jann v. Sprecher.

Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Universität Basel hat anlässlich der Schweizer Mustermesse 1943 einen Vortragszyklus über die „Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“ durchgeführt, bei dem sie die Vertreter der verschiedensten Disziplinen zum Wort kommen ließ. Der Direktor der Schweizer Mustermesse hat diese Vorträge in einem Sammelbande veröffentlicht und damit in dankenswerter Weise einem größeren Kreise zugänglich gemacht¹⁾.

Unverkennbar mehren sich ja die Veranstaltungen, bei denen Vertreter der verschiedenen Fakultäten sich zur Behandlung des gleichen Themas zusammenfinden. Dies ist ein Anzeichen dafür, daß das Bewußtsein der inneren Einheit aller Wissenschaft sich gegenüber der Vorstellung säuberlich getrennter und autonomer „Fächer“ wieder durchzusetzen beginnt. Darüber hinaus liegt dieser Basler Vortragsreihe die Erkenntnis von der engen Verbundenheit und wechselseitigen Beeinflussung von Wissenschaft und wirtschaftlicher Praxis zugrunde. Eine geschichtliche Dokumentation dieses Verhältnisses bietet der Beitrag des Historikers, Werner Kaegi. An dem Einzelfalle der Wirtschaftsgeschichte Basels legt Kaegi die befruchtenden Wirkungen bloß, die bald das Geistesleben auf die Wirtschaft, bald die Wirtschaft auf das Geistesleben ausübte.

Es ist nun von besonderem Interesse, festzustellen, welche der verschiedenen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft von den einzelnen Disziplinen in den Vordergrund gerückt werden.

¹⁾ Wissenschaft und Wirtschaft. Eine Aufsatzreihe. Herausgegeben von der Direktion der Schweizer Mustermesse, Basel 1943.

Bei der Mehrzahl der Vorträge stoßen wir auf eine fordernde Haltung gegenüber der Wirtschaft. Auf Grund des Wertbereiches der eigenen Wissenschaft werden der Wirtschaft Ziele gesetzt, denen diese sich zu unterwerfen hat. Mit aller Deutlichkeit bekundet diese Haltung der Vertreter der Philosophie, **Paul Häberlin**: Nur die Philosophie beantwortet die Frage nach dem Sinn der Wirtschaft. Sie ist darum auch Wegweiserin der Wirtschaft und muß diese durch Kritik vor der Beschreitung kulturell falscher Wege behüten. Während nun aber Häberlin nur den grundsätzlichen „Machtanspruch“ seiner Wissenschaft vertritt, stellen eine Reihe anderer Gelehrter ganz konkrete Forderungen. Einige derselben sollen im folgenden zur Veranschaulichung herausgegriffen werden. So macht z. B. der evangelische Theologe, **Ernst Staehelin**, sich die Folgerung der Weltkonferenz für praktisches Christentum in Oxford zu eigen, das christliche Gewissen könne „das Bestehen wirtschaftlich bedingter Klassenunterschiede schlechterdings nicht ertragen“. In gleicher Richtung geht auch das Votum von **W. B. B. B.**, der sich für eine „sanctification du travail“ einsetzt. Der Jurist, **Erwin Ruck**, gelangt in seiner Darlegung eines „dem Wesen des schweizerischen Staates und Volkes entsprechenden Wirtschaftsrechtes“ ebenfalls zu einer Anzahl bestimmter Postulate für die Gestaltung des Wirtschaftslebens. So lehnt Ruck eine Erweiterung der Großbetriebe ab; das Ziel unserer Wirtschaftsorganisation erblickt er in der „Menge kleinerer und mittlerer Unternehmen, die in gesunder bodenständiger Eigenart selbständig neben- und miteinander die wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen“. Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, **D. Zippel**, der wohl als Vertreter der technischen Wissenschaften gewürdigt werden darf, stellt der Wirtschaft die Aufgabe des technischen Fortschrittes: „Wir besitzen . . . für die Qualität kein Monopol, und es ist daher von größter Wichtigkeit, den technischen Vorsprung zu wahren oder neu zu erschaffen“. Schließlich richtet **Alfred Gigon** vom Standpunkte der Medizin „imperative“ Forderungen an die Wirtschaft: sie beziehen sich auf die Ernährung, die Arbeitsgestaltung und die Erholung.

Daß von den Vertretern dieser Wissenschaften solche Forderungen an die Wirtschaft gestellt werden, darf uns nicht überraschen. Denn Wissenschaften, wie Theologie und Philosophie, aber auch Rechtswissenschaft und Medizin, fußen notwendig auf einer weltanschaulichen (oder religiösen) Grundlage. Jede Weltanschauung strebt nach Totalität; sie wird infolgedessen auch die Wirtschaft in den Bereich ihres Gestaltungswillens ziehen. Jeder weltanschaulich fundierten Wissenschaft muß somit das Recht zugebilligt werden, der Wirtschaft Ziele zu setzen. Sobald aber diese Zielsetzungen konkretisiert werden sollen, so sind die betreffenden Wissenschaften auf die Zusammenarbeit mit der Nationalökonomie angewiesen. Nur sie kann sagen, welche Konsequenzen eine bestimmte Forderung enthält, was z. B. das Postulat **Staehelin's** „Zusammenarbeit anstelle einer nur selbstjüchtigen Konkurrenz“ bedeutet, oder was für ein Inhalt sich hinter dem Begriff des „öffentlichen Interesses“ verbirgt, das nach **Ruck** allein Eingriffe in die private Wirtschaft rechtfertigen kann. Merkwürdigerweise bekundet aber nur ein einziger Gelehrter, **Alfred Gigon**, das Bedürfnis nach einer Zusammenarbeit mit der Nationalökonomie. Er sagt ausdrücklich: „Die vollen medizinischen Forderungen werden sich nur in einen ganz bestimmten, gegebenen wirtschaftlichen Rahmen eingliedern müssen. Diese verschiedenen Forderungen haben eine bestimmte Rangordnung. Die Wirtschaftswissenschaft hat sie auf ihre sozialwirtschaftliche Richtigkeit zu prüfen, d. h. auf die Möglichkeit der Durchführung und auf ihre materielle Zweckmäßigkeit“. In besonderem Maße vermisse ich das Bestreben nach einer Zusammenarbeit mit der Nationalökonomie bei **Andreas Speiser**, der den wichtigen Auftrag, die Gesetze des Geldwesens zu bestimmen, um ein für allemal auszuschließen, „daß mit dem Geld in großem Maßstab unvorsichtig manipuliert wird“, ohne jede Bezugnahme auf die Nationalökonomie der Mathematik erteilt.

Nun sind aber nicht nur die genannten Wissenschaften, falls sie ihre allge-

meinen Forderungen gegenüber, der Wirtschaft spezifizieren wollen, auf die Zusammenarbeit mit der Nationalökonomie angewiesen. Ebenso muß auch die Nationalökonomie sich der Hilfe von Wissenschaften, wie Philosophie, Theologie, Rechtswissenschaft, Medizin, versichern, wenn sie sich der Aufgabe — von deren Erfüllung sie sich leider allzulange dispensiert hat — unterzieht, das Wesen der richtigen Wirtschaftsgestaltung zu ergründen. So führt die Arbeit an der Sache immer wieder zur Durchbrechung jener Schranken, die man zur Organisation des Wissenschaftsbetriebes rings um die einzelnen Fächer errichtet hat.

Die zweite wichtige Frage, die eine Reihe von Referenten aufwirft, betrifft den Nutzen der Wissenschaft für die wirtschaftliche Praxis. In dieser Frage huldigt nun allerdings Häberlin der extremen Auffassung, daß man „von der Wissenschaft den Standpunkt der Nützlichkeit grundsätzlich ausschließen“ müsse. So sehr man Häberlin beistimmen muß, wenn er die Gefahr einer „Kommerzialisierung“ der Wissenschaft bekämpft, so wenig darf man übersehen, daß sich die Wissenschaft der Aufgabe, jene Probleme zu lösen, welche die Not der Gegenwart ihr stellt, keinesfalls entziehen darf. Und wir dürfen ruhig auch beifügen, daß sich die Wissenschaft nichts vergibt, wenn sie auch selbst in der Lösung dieser Fragen einen nützlichen Beitrag zum Wohle der Menschheit erblickt. Daß die Praxis sich dieses Nutzens nicht immer bewußt ist, zeigen die interessanten Beiträge des Mathematikers, Andreas Speiser, und des Astronomen, G. Tierch, sowie der Hinweis Zipfels auf die große praktische Bedeutung neuer Erkenntnisse in der Grundlagenforschung.

In besonderem Maße hat nun aber die Nationalökonomie darunter zu leiden, daß ihr Nutzen von der wirtschaftlichen Praxis viel zu wenig erkannt wird. So weist schon Th. Brogle im Vorwort darauf hin, daß die Zahl der Geschäftsleute groß sei, die „grundsätzlich keine Bücher lesen — wenigstens keine wissenschaftlichen Inhalts“. In seinem bemerkenswerten Vortrag rückt G. Böhler diesem Problem mit großer Offenheit zu Leibe. Zunächst sind viele Unternehmer an der Wirtschaftswissenschaft nur insoweit interessiert, als sie mit ihr eine Verstärkung der eigenen Kampfposition erreichen können. Hierzu genügen aber vielfach oberflächliche Erkenntnisse. Tatsächlich reden denn auch Theorie und Praxis noch zwei ganz verschiedene Sprachen, so daß die Zusammenarbeit auf große Schwierigkeiten stößt. Zwar ist es, wie Böhler richtig hervorhebt, im Grunde nicht ein Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, sondern „zwischen der vereinfachten Theorie des Praktikers und der ausgebauten des Theoretikers“. Wie soll dieser unheilvolle Gegensatz überwunden werden? Böhler sieht den Weg hierzu einerseits in einer Besinnung der Wirtschaftswissenschaft auf ihre eigentlichen Aufgaben, andererseits in einer geistigen Regeneration der Praxis, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit in den Rahmen der staatspolitischen Zielsetzungen stellt.

Ich glaube aber, daß bei uns der Weg von der Wirtschaftstheorie zur Wirtschaftspraxis vor allem über die Organe der Wirtschaftspolitik des Bundes führt. Diese machen von der Nationalökonomie immer noch einen ganz unzureichenden Gebrauch. So ist z. B. die Tatsache, daß unser eidgenössischer Volkswirtschaftsminister noch über keinen permanenten Stab volkswirtschaftlicher Berater verfügt, ein Anachronismus, der nicht länger bestehen bleiben sollte. Wenn nun die Organe der Wirtschaftspolitik die nationalökonomische Wissenschaft in jenem Umfange zur Mitarbeit heranziehen, als dies zur Abklärung der wirtschaftspolitischen Fragen unerlässlich ist, so werden auch die Unternehmer und Interessenverbände veranlaßt, sich in vermehrtem Maße in die Nationalökonomie zu vertiefen, weil sie nur so in der öffentlichen Diskussion bestehen können.

W. A. Jöhr.